

Laale-Zeitung.

Stiehmundvierziger Jahrgang.

Erstheft täglich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Redaktion und Druck-Verlag: Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Abonnementpreis: Mark 24.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei postamtlicher Zustellung 2.50 M., durch die Post 3.25 M., auswärts 3.75 M. ... An amtlichen Zeitungs-Verzeichnissen unter 'Laale-Zeitung' eingetragen.

Nr. 35.

Halle a. S., Mittwoch, den 22. Januar.

1913.

Mb. Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

115. Sitzung vom Dienstag, den 21. Januar. Am Ministertisch: Frhr. v. Schölermer. Präsident Graf v. Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Das Moorflächengesetz.

Zur dritten Lesung liegt ein Antrag Klode (Zentr.), v. Pappenheim (Konf.), Knebelst (Freikonz.) vor, die in zweiter Lesung angenommene, vom Minister aber als unannehmbar bezeichnete Bestimmung im § 2 zu streichen, wonach es einer Genehmigung zur Zweckbestimmung seitens der Besitzer von Moorflächen, die in Zusammenhang der Lage 5 Hektar nicht übersteigen, nicht bedürftig ist.

Ein Antrag Weiermehl (Konf.) will den § 8 wieder freiden, der eine Erweiterung der Sonderrechte der hannoverschen Städte betrifft.

Abg. Klode (Zentr.) begründet seinen Antrag, Das Vorsehen bleiben der Bestimmung würde einen großen Teil der zur Kultur in Betracht kommenden Moorflächen dem Gesetz entziehen.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schölermer: Ich bitte bringen, dem Antrag des Vorschreibers beizutreten, denn ich wiederhole, daß bei Wahrung dieser Bestimmung das Gesetz für die landwirtschaftliche Verwaltung keine Bedeutung mehr hat.

Abg. Weiermehl (Konf.): Ich bitte namens der Mehrheit meiner Freunde um Ablehnung des Antrags Klode. Das liegt im Interesse der kleinen Moorbesitzer, die sonst zu hart in ihrem Besitz beschränkt werden würden.

Abg. Dr. Dierhoff (Freikonz.): Wir treten nach wie vor für die Freistellung der Besitzer von Moorgrundstücken unter 5 Hektar ein. Den Antrag Klode haben wir nun untergeschrieben, weil wir das Gesetz an dieser Bestimmung nicht scheitern lassen wollen. Nach den heutigen Worten des Ministers scheint ja aber das Unannehmbar der Regierung nicht so ernst gemeint zu sein.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schölermer: Ich erkläre dann noch einmal ausdrücklich diese Unannehmbarkeit.

Abg. Weiermehl (Konf.) beantwortet den Antrag Klode.

Abg. Waldbstein (Op.): Wir halten an den Beschlüssen zweiter Lesung fest.

Abg. Klode (Zentr.) spricht für einen Teil seiner Freunde die Zustimmung zum Antrag Klode aus.

Abg. Färberinger (Kath.) begründet einen Antrag, wonach die zurzeit bestehenden öffentlichen Hochregelschiffen und -Böden, sofern sie im Rahmen des Betriebsbereiches bleiben, von der Genehmigung des Besitzers ausgenommen sein sollen.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schölermer: Der Antrag ist überflüssig. Er ist auch nicht unbedingt, weil der Begriff der Bestimmung nicht zweifelsfrei feststeht. Ich bitte den Antrag abzulehnen.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag Färberinger abgelehnt und der Antrag Klode angenommen. Der Antrag Weiermehl zu § 8 wird zurückgezogen. In der Gesamtsitzung wird das Gesetz einstimmig angenommen.

Die zweite Lesung des Etats.

Präsident Graf Schwerin-Löwis macht dem Hause davon Mitteilung, daß er in Gemeinschaft mit den Reichstagsmitgliedern aus diesem Jahre einen Sanierungsplan aufgestellt hat. Sollte der Plan nicht eingeleitet werden, so werden Abänderungen abgelehnt werden müssen. (Allgemeines Wohl!) Ferner ist vereinbart worden, nur solche Resolutionen zu stellen, die unmittelbar zum Etat gehören. Es sollen auch nur solche Fragen erörtert werden, die von wirklich allgemeiner Bedeutung sind. Die Resolutionen, die nicht unmittelbar zum Etat gehören, sollen später gesondert behandelt werden.

Abg. Dr. Rahnke (Op.): Der Begriff: Resolutionen, die zum Etat gehören, ist außerordentlich heftig. Bei der beschränkten Geschäftsführung dieses Präsidenten hoffen wir aber, daß er ihn nicht ungerne auslegen wird.

Präsident Graf Schwerin: Ich nehme von dieser Erklärung gern Notiz.

Der Etat der Lotterieverwaltung.

Abg. Dr. Arendt (Freikonz.) spricht seine Freude aus über den Beschluß des Hauses an die preussische Lotterie und über die dadurch herbeigeführte günstige Bewaltung des Etats.

Abg. Dr. Jahn (Konf.): An die Lotterieverwaltung müssen die höchsten Anforderungen gestellt werden, und sie werden auch mit Recht gestellt. Daher erregte es nicht nur in gesetzlichen Kreisen Aufsehen, daß gegen den Lotterieverwaltungsbereich in der Öffentlichkeit so schwere Angriffe erhoben werden konnten. Herr Jahn hat wegen aller geschäftlichen Transaktionen vor Gericht gestanden, und in der Begründung hoher und höherer Gerichte wird über Herrn Jahn mancherlei gesagt, was Veranlassung zur Nachprüfung geben sollte. Herr Jahn ist ja national-liberaler Reichstagsabgeordneter. Aber der Politiker Jahn geht uns hier gar nichts an. Gleiches Recht für alle, auch für den Lotterieverwaltungsbereich. (Sehr richtig! rechts.)

Generaldirektor der Lotterieverwaltung Reubald: Selbstverständlich waren die Angriffe und Beschuldigungen, die in der Öffentlichkeit gegen Herrn Jahn erhoben worden sind,

der Lotterieverwaltung vor Anstellung dieses Herrn nicht bekannt. (Sehr! Sehr! rechts.) Wir werden aber auf Grund der Anregung des Vorschreibers eine genaue, peinliche, objektive und sachliche Untersuchung darüber einleiten. Wenn nur Angriffe begründet sind oder nicht. Wir können in der Lotterieverwaltung nur absolut einwandfreie Persönlichkeiten gebrauchen. (Wohl! rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Mit Recht hat sich Dr. Jahn über Herrn Jahn empört. Wir alle, die wir Dr. Jahn kennen, werden ohne weiteres annehmen, daß er hier dieselben Angriffe riskiert hätte, wenn dieser in Aktion über die Lotterie ein Jahr oder länger Geld gewesen wäre. (Seitens Zustimmung links.)

Abg. Dr. Jahn: Selbstverständlich hätte ich das getan. (Lachen links.)

Abg. Dr. Friedberg (Kath.): Auch meine politischen Freunde können nur wünschen, daß eine frange Wahrung der gegen Herrn Jahn erhobenen Beschuldigungen erfolgt. Herr Jahn, der doch wußte, daß gegen Geld eine Unternehmung bereits schwebt, hätte es also wahrlich nicht nötig gehabt, diesen Zeit hier vorzubringen. (Sehr richtig! b. d. Nat.)

Abg. Dr. Jahn (Konf.): Dr. Friedberg geht von unrichtigen Voraussetzungen aus. Von einer schwebenden Unternehmung habe ich heute zum ersten Male von dem Generaldirektor der Lotterieverwaltung etwas erfahren. Im übrigen bin ich berechtigt, die Lotterieverwaltung zu fragen, ob sie gegen einen Kollekteur erbotenen Beschuldigungen vollständig bekannt sind. (Anrufe bei den Rats, Zustimmung rechts.) Das gehört zu meinen parlamentarischen Pflichten. (Sehr richtig! rechts, lebhaftes Zurufe b. d. Nat.) Diese Punkte aus Ihrer Partei finde ich höchst eigentümlich.

Abg. Dr. Friedberg (Kath.): Herr Dr. Jahn ist so oft nachgewiesen worden, daß er — gelinde gesagt — nur unrichtige Voraussetzungen ausgegangen ist, daß ich auf diesen Gebiet auf jede Beziehung von ihm verzichten. (Sehr gut! b. d. Nat.) Wenn Dr. Jahn nur hätte wissen wollen, ob gegen Herrn Jahn eine Unternehmung eingeleitet worden ist oder nicht, dann hätte eine private Anfrage denselben Zweck erfüllt. (Sehr richtig! b. d. Nat.)

Generaldirektor der Lotterieverwaltung Reubald: Es ist unzutreffend, daß eine Unternehmung gegen Herrn Jahn bereits schwebt. Sie ist erst jetzt infolge der Anregung Dr. Jahn's eingeleitet worden. (Sehr! Sehr! b. d. Nat.)

Abg. Dr. Friedberg (Kath.): Das finde ich denn in der Tat noch für eigenartig. (Sehr richtig! b. d. Nat.) Wenn an der Sache überhaupt etwas ist, dann müßte gegen Geld schon längst vorgegangen werden, denn die Angelegenheit Geld beschäftigt die Öffentlichkeit schon so lange. Dann brauchte die Lotterieverwaltung nicht erst auf Herrn Dr. Jahn zu warten. Bei ihm merkt man die Absicht und wird bestimmt. (Sehr richtig! b. d. Nat.)

Abg. Dr. Jahn (Konf.): Die Nationalliberalen scheinen heute ja mehrere eigentümlich zu finden. (Seitens! rechts.) Was ist denn daran eigentümlich, daß die Lotterieverwaltung nun eine Unternehmung einleiten will?

Abg. Dr. Friedberg (Kath.): Im allen Mißverständnissen vorbeugend, erkläre ich: Gerade wir Nationalliberalen wünschen eine volle Auffüllung des halbes Geld. Wir bedauern es sogar, daß die Lotterieverwaltung es nicht schon längst getan hat, so daß sie erst Dr. Jahn dazu anfordern mußte. Ob Dr. Jahn ebenso vorgegangen wäre, wenn es sich um einen anderen beliebigen Kollekteur gehandelt hätte, das zu beurteilen überlasse ich der Öffentlichkeit. (Sehr gut! b. d. Nat.)

Abg. Dr. Jahn (Konf.): Dagegen muß ich mich doch protestieren. Es ist für mich ganz belanglos, ob es sich um einen Konterbeiter oder Liberalen handelt. (Lachen! links.) — Abg. Hoffmann: Wers glaubt, daß! (Lachen! links.)

Der Etat der Lotterieverwaltung wird bewilligt.

Der Etat der Münzverwaltung.

Abg. Dr. Arendt (Freikonz.) wünscht eine stärkere Ausprägung von Silber unter Einwirkung auf die günstige Aufnahme des 3-M. Stüdes. Das man noch mehr 25-M. St. in der jetzigen Form ausprägen sollte, halte ich nicht für richtig, denn sie sind sehr unbeliebt. (Sehr richtig!) Die Denkmünzen der letzten Zeit sind viel zu knapp ausgeprägt worden, so daß sie gar nicht in den Verkehr gekommen sind. Im Jahre 1913 sollte man 3-M. St. überaus gut als Denkmünzen prägen. Günstig fallen sie auch künstlerisch und ästhetisch aus.

Abg. Dr. Hauptmann (Zentr.) bemängelt gleichfalls die Form der 25-M. St. und befürwortet durchgehende Nadelmünzen.

Ein Regierungsmitglied erwidert, daß die Zahl der ausstehenden Münzen vom Bundesrat bestimmt wird. Weiter eine neue Form der 1-M. und 2-M. St. in Betracht zu ziehen ist schwerlich zurecht Erinnungen.

Abg. Dr. Rahnke (Op.): Soffentlich führen diese Erwägungen dahin, daß die Scheine und Münzen und praktische Gehalt erhalten. Zunächst die Nadelmünzen sind unbeliebt. Das 25-M. St. war in der Tat ein arger Mißgriff.

Der Etat der Münzverwaltung wird bewilligt.

Der Etat der Ordensverwaltung.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) In einer Zeit, in der für die Unterbreiten kein Geld da ist, haben wir einen Ordensetat von über 100 000 Mark. In einer Zeit der allpreussischen Einfachheit und Sparsamkeit sind beim letzten Ordensetat über 7000 Personen dekoriert worden. (Sehr! Sehr! b. d. Nat.) Dieser Zustand von Orden muß auf in das Jahr 1913. Das Geld fehlt auf, der Sturm bricht los! Aber der Sturm auf die Generaldeputationskommission. (Seitens! b. d. Nat.) Wird würde heute von dem Gott, der Orden wäschen ließ, werden! (Seitens! b. d. Nat.) Wir leben

in einer günstigen Zeit für politische Kolonialerwerb und Salonlöwen. Aber die Zahl der Orden, die verhängt worden sind, reicht noch nicht aus. Um der spärlichen Natur der Zeit abzugeben, will die Regierung die Zahl der Orden im Jahre 1913 mit einem neuen Ordensband versehen, das in weitestem Umfang verliehen werden soll. Also eine Demokratisierung des Ordenswesens. Auch der kleinste Mann soll sich sein Ordensband selbst auf seine Pannierdeckel befestigen können. Wir haben es bereits schon gemacht auf diesem Gebiet, und die neuen Ordensbandmünzen sollte uns endlich einmal in einer geordneten Statistik darüber Aufschluß geben, wieviel Menschen in Preußen noch nicht dekoriert sind. (Seitens! b. d. Nat.)

Der Etat wird bewilligt.

Der Disziplinarhof.

Abg. Dr. König (Zentr.) fordert die Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, der das Wieder- aufnahmeverfahren im Disziplinarverfahren regelt. Das gesamte Disziplinarverfahren bedarf einer Reform.

Abg. Dr. Friedberg (Kath.): Diese Vorschläge sind sehr zu hoffen, daß eine Reform des gesamten Disziplinarrechts nachfolgen wird.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Es müssen auch Rechtsanwaltschaften eingesetzt werden für solche Beamte, die nicht förmlich Disziplinar sind, sondern nur auf Anordnung angeklagt worden und auf Grund des Verwaltungs- verfahrens einfach entlassen worden sind. Der Etat des Disziplinarhofes wird bewilligt.

Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Abg. vom Rath (Kath.): Im Namen meiner politischen Freunde möchte ich einige Gesichtspunkte, die zwar mit der äußeren Politik in Zusammenhang stehen, die wir hier in nicht zu kritisieren haben, aber doch unser preussisches Volk wesentlich interessieren, erörtern. Seit langen Jahrzehnten verfolgen wir eine Politik des Friedens, das heißt den Wunsch und den Willen des europäischen Volkes. In den Grenzen, die unsler Vaterland durch die letzten Kriege erhalten hat, sieht sich das Volk wohl. Es will keine Eroberungs- kriege, keine Abenteuerpolitik. Preussische und deutsche Kriegshelden gibt es nicht, die existieren höchstens in der Phantasie unbeliebter ausländischer Reporter. (Sehr! Sehr! richtig!) Aber Leute, wie der Herr Weiermehl, die einen Kriegsgelocke Zustimmung und Befehl, und obwohl diese Erklärung möglicherweise nur eine eingetragene List, dürfen wir doch nicht daran übersehen. Und meine politischen Freunde haben nicht ausdrücklich darum ersucht, dieses Verbot aus an dieser Stelle, als dem Parlament das größte deutsche Bundesparlament, zu brandmarken. (Sehr! Weisfall.)

Es gibt heute kein Land mehr auf der Erde, in dem nicht Deutschland und Preußen wirtschaftliche Interessen zu verfolgen hätten. (Sehr richtig! bei den Rats.) Eine wirksame Förderung dieser wirtschaftlichen Beziehungen hängt aber eng zusammen mit der politischen Macht. Nur die Nation kann sich in der Konkurrenz des Weltmarktes auf die Dauer behaupten, die eine starke und aktive auswärtige Politik betreibt. (Weisfall.) Wir haben aber beobachtet, daß große Umwälzungen und Impulsleistungen in der Welt eingetreten sind, ohne daß wir denjenigen Stellen daraus auszuweichen in der Lage waren, der unserer Wirtschaft wie auch unserer Nation entspricht.

Vizepräsident Dr. Borck: Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß es nicht angeht, hier unsere auswärtige Politik zu besprechen.

Abg. vom Rath: In den letzten Jahren ist hier bei den Verhandlungen über den auswärtigen Etat gesprochen worden über den russisch-japanischen Krieg, über die deutsche Politik in der Ostsee, über die Vertiefung des Deutchtums in den baltischen Provinzen usw. Das ist vorgetragen, richtig ist in erster Linie auf unser deutsches Wirtschaftsleben.

Vizepräsident Dr. Borck: Nach einer Mitteilung des Direktors dieses Hauses in den letzten 10 Jahren nicht über auswärtige Politik gesprochen worden. Wenn der amtierende Präsident in dem einen oder anderen Fall diese Angelegenheiten hat, so kann das nicht von präjudizialer Bedeutung sein.

Abg. vom Rath: In die haben in Preußen und Deutschland nicht nur mit Wiederrückung die Beobachtung machen müssen, daß unsere Regierung eine Politik des sogenannten Desinteressements befolgt. Das kann leicht dazu führen, unter nationalen Freiliche auch in wirtschaftlichen Fragen zu scheitern. Denn das heißt, der Politik ist schiefgefallen im Frieden Verhältnis zu den Feinden, unter denen sich das kulturelle, politische und wirtschaftliche Leben der Nation entwickeln kann. (Sehr richtig! bei den Rats.) Auch weite Kreise des preussisch-deutschen Volkes zeigen der auswärtigen Politik gegenüber leider nicht das nötige Interesse. Namentlich in der Industrie und im Handel ist vielfach das politische Interesse nicht mehr stark, obwohl das gerade diese Kreise interessieren daran sind, daß eine starke Politik gemacht wird, die ihnen dauernd die Absatzmöglichkeiten im Ausland sichert.

Unsere Banken, in denen sich das Großkapital konzentriert, haben großartige Unternehmungen im Ausland ins Werk gesetzt. Da kann man nun sagen: Nicht nur Kapital, auch reiches oblige. Es muß leicht gesagt werden, wie weit solche Unternehmungen in nationalen Interessen liegen. Geht nicht das nicht, so verdient das Großkapital nicht den Titel national. Das englische und französische Kapital befindet hier viel tiefer wüthet, und dadurch nimmt die wirtschaftliche Betätigung dieser Nationen zu. (Zuruf rechts: Unwahrheits! links.) Es ist Pflicht der Regierung, auch der preussischen Regierung, das Kapital zu solchen nationalen Betätigungen im Werk zu ergreifen. Dazu bedarf es nur einer gewissen und weichenherzigen Herangehens politik. Wie schon in einem routinierteren Geschäftsmann an der Spitze des Nationalismus schacht, und der Mensch

Informen als Vorbild dienen, als er das deutsche Kapital für die Kolonien interessiert hat.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Ich möchte doch bitten, die Ausführungen einzuschränken. So interessant sie auch sind, gehören sie doch nicht hierher.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Eine lokale nationale Politik kann das deutsche Volk nicht anderen Ländern überlassen, sondern muß sich an ihr Anteil beteiligen. (Beifall links.)

Unterstaatssekretär Zimmermann:
Der Vordere hat dem deutschen Großkapital Wandel an sich selbst nationaler Führung vorgezogen und dabei klug ein Wort für die Stellung unserer auswärtigen Politik gesagt, als ob die Stellung der auswärtigen Politik ein bestimmtes Großkapital in die richtigen Bahnen zu lenken. Diejenige Politik muß ich entgegnen. Eine Beteiligung des deutschen Kapitals im Ausland kann nur insoweit in Frage kommen, als die eigenen Bedürfnisse des Reichs und Kreuzens derartigen Geschäften nicht entgegenstehen. Liegt diese Voraussetzung nicht vor, kann ich das Amt bereit, derartige Geschäfte zu unterstützen, die sich aus politischen Gesichtspunkten empfehlen oder bei denen wirtschaftliche Interessen in Frage kommen, die dem deutschen Handel und der deutschen Industrie bessere Möglichkeiten bieten. Darüber hinaus ist das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten nicht in der Lage, auf die Interessen besonders einzugehen. Wir haben ja kein Mittel, um unsere Beziehungen zu geschäftlichen Abteilungen bei denen ich Sie beehren möchte. Deshalb bemühen wir uns, im nahen und fernem Osten und in Südamerika, um unsere wirtschaftlichen Interessen weitest möglichkeiten bieten.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Ich möchte Sie bitten, die Geschäftsverteilung von Kolonialpolitik über die Präsidien der russischen Behörden und Klagen über die russischen Post- und Güterbeförderungen. Gegen das wirtschaftliche Vergehen der russischen Behörden sollte die Regierung einmal vorgehen.

Unterstaatssekretär Zimmermann:
Sagt Prüfung der vorgelegten Beschwerden an.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Es gibt einen preussischen Gesandten beim Vatikan, aber keinen vatikanischen Gesandten in Preußen. In dieser Einseitigkeit kommt die Inflexibilität Preußens gegenüber der dem Vatikan zum Ausdruck. (Anerkennung.) Ich möchte Sie bitten, die preussischen Gesandtschaften in Deutschland? Mit dieser Inflexibilität der innerdeutschen Gesandtschaften sollte man aufpassen. Sie dienen nur repräsentativen Zwecken, dem politischen Intrigenspiel und der Verpeinung der anderen Bundesstaaten. Haben Sie auch keine Gesandtschaft in München auf Befehl des Bundesrats? (Anerkennung.) Ich möchte Sie bitten, Herr Vordere, Sie sind ja ein Mann, der sich für die auswärtige Politik interessiert. Herr Vordere ist aber nicht der einzige Kriegstreiber. Ein Mitglied dieses Hauses, S. B. hat sich den Titel „Oberkriegstreiber“ erworben, denn es hat in der unerschütterlichen Weise zum Schaden des preussischen Volkes zum Kriege gehetzt. (Anerkennung.) Wenn Sie, Herr Vordere, für eine solche und solche auswärtige Politik eintreten, so bekommen Sie nicht anders als eine Unterstützung an die Regierung, die bisherigen ruhigen Bahnen zu verlassen und eine Hans-Dampf-in-Allen-Gassen-Politik zu treiben. (Widerpruch.) Vom verantwortlichen Stelle gesprochen, würden diese Worte direkt als Drohung wirken. Sie, Herr Vordere, sind nicht im Interesse des Volkes, sondern des internationalen Kapitals gesprochen. Das ist eine Sache, die Sie, Herr Vordere, das Sie das an sich selbst „national“ nur in den Mund nehmen, wird es ganz entwertet. (Lachen.) Das ist wieder einmal bewiesen worden durch die ungeschickte Rede des Vizepräsidenten. Gewiß ist die Armee viel Geld, aber nicht Ihnen, sondern dem Volk. Und Sie sind nicht den Interessen des Volkes, sondern dem Kapital, Ihrem Geldbeutel. (Lachen.)

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Die Ausführungen des Vizepräsidenten gehören im zweiten Teil der Rede auch nicht zum Etat. Wir erheben es zweckmäßig, vor der nächsten Sitzung dieses Hauses durch die Vertreter der Fraktionen feststellen zu lassen, wie weit hier die Grenzen der Beratung zu ziehen sind.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Der Vordere geht da immer von eigenwilligen Anschauungen aus und überläßt, daß das deutsche Volk mit 8 Millionen Mark bei der Exportindustrie beteiligt ist. Aus seiner Rede sprach der Geist der auf dem sozialdemokratischen Standpunkte der Mann, der sich über die auswärtige Politik vernünftig geäußert hätte, aus der Partei aus. (Zusimmung.) Wenn Vizepräsident das Kapital als unerwünschte und bedrohliche Erscheinung hinstellt, als durchstreifen von Coquisimus, so ist das eine volkswirtschaftliche Auffassung, mit der nicht zu rechnen ist. Wie es sich fertig bringen will, eine Volkswirtschaft richtig zu betreiben, ohne das nötige Instrument des Kapitals, ist sein Geheimnis. Ins ist es sehr unwahrscheinlich, über die Frage eine Lösung herbeizuführen, ob beim Etat der auswärtigen Angelegenheiten in Preußen auch die auswärtige Politik zur Sprache gebracht werden kann oder nicht. Meine politischen Freunde halten das jedenfalls für zulässig. Ich erinnere daran, daß Herr Vordere 3 mal einmal, als das preussische Abgeordnetenhaus im die Sitzung zum 30. September übertrug, darauf hingewiesen hat, daß die nationalen Parteien darauf achteten, daß keine besondere preussische, kaiserliche oder katholische Politik getrieben würde, und daß es auch keine deutsche Politik gibt, die nicht die einzelnen Bundesstaaten als die Glieder des Reiches berührt und deshalb auch die Parlamente der Einzelstaaten die deutschen Interessen nicht vernachlässigen sollten. (Anerkennung.)

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Wenn das richtig ist, wird doch gewiß der größte Bundesstaat, der größer ist als Frankreich, ein Staat, dem oft für den Krieg die größten Opfer zugemutet werden, das Recht und die Pflicht haben, unter Umständen auch die auswärtige Politik zu betreiben. (Sehr richtig.) In Bayern geschieht das S. B. sehr häufig. Nach unserer Verfassung werden die Rechte der Einzelstaaten im Bundesrat wahrgenommen, und deshalb müssen die Volkswirtschaften der Einzelstaaten sehr wohl dazu berufen sein, ihrer Regierung sagen zu können, wobei nach ihrer Überzeugung der Gang der auswärtigen Politik allen diesen Gründen können wir uns der Ansicht des Reichsrates nicht anschließen. Ich bin ihm aber darüber, daß er seinerseits die Initiative ergreifen hat, in einer Besprechung der Parteien untereinander die Frage zu klären. Ich gebe gern zu, daß vielleicht sehr häufig es im Interesse gerade unserer auswärtigen Politik liegen würde, daß wir uns Beschränkungen auferlegen. (Beifall.)

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Damit kein Mißverständnis besteht, möchte ich kartellieren, daß bei der Entscheidung der Reichsrats bei der ersten oder dritten Sitzung noch niemals ein Vordere einem Redner verweigert hat, über die auswärtige Politik zu sprechen. Etwas anderes ist es aber, ob das bei der Beratung des Etats der auswärtigen Angelegenheiten angängig ist.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
An der Kompensation des Hauses, die auswärtigen Dinge in den Kreis seiner Erörterungen zu ziehen, kann nicht gesprochen werden. Dabei ist es unerheblich, ob die Erörterung anknüpft an die erste Sitzung oder an den speziellen Titel. Es geht stets als unter Recht, eine Einwirkung darauf auszuüben, in welcher Weise die 17 preussischen Stimmen im Bundesrat einzuwirken werden.

ter werden. Wenn wir uns den Gesandtag anwenden den Reichsämtern und den preussischen Staatsämtern vorgehen, wie er sich vor wenigen Tagen von Erlaubnis vorgehen, nicht gelassen werden. Ich möchte Sie bitten, Sie recht daran zu denken, einzugehen, um unsere Gedanken bei der Entscheidung dieser Geschäfte durchzuführen.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Der Kritik des Vizepräsidenten vom Rath an der auswärtigen Politik des Reiches kann ich, ebenso wie meine politischen Freunde, nicht in allen Punkten beitreten. Das ist, was ich besonders schmerzhaft finde, die deutschen Interessen verletzender. Ich möchte Sie bitten, die auswärtige Politik gemacht worden ist, hat Herr vom Rath zum mindesten nicht nachzugehen. Unsere auswärtige Politik ist im großen und ganzen gerade gegenüber der Hochspannung der letzten Zeit eine ruhige und vorläufige gewesen, und wir können nur wünschen, daß das so bleibt. (Sehr richtig links.) Die Notwendigkeit des Fortbestandes der preussischen Gesandtschaft in Rom ist durch die Ereignisse der letzten Zeit nicht begründet. (Sehr richtig links.) Ich möchte Sie bitten, die Meinung anzuschließen, die der Ministerpräsident kürzlich einem Abgeordneten der Zentrumspartei gegenüber geäußert hat: Wenn eine derartige Praxis seitens des päpstlichen Stuhles nicht endlich unterläßt, wird die Zahl derjenigen erheblich wachsen, welche unsere Gesandtschaft in Rom zu befehligen wünschen. Die preussischen Gesandtschaften in Deutschland halten wir ebenfalls nicht vor für überflüssig. (Sehr richtig links.) Was die Staaten sich untereinander zu sagen haben, können sie sich im Bundesrat viel bequemer sagen. Wenn wir wünschen, daß die Mehrheit unserer Auffassung beiträgt, würden wir beantragen, diese Posten links aufzugeben zu lassen. (Beifall links.)

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Wir mißbilligen das Auftreten des Vizepräsidenten Wetterle auf der Sitzung. Wetterle hat mit dem Zentrum nichts zu tun und ist nicht Mitglied der Zentrumspartei des Reichstages. (Sehr richtig im Zentrum.) Wetterle ist Mitglied der sozialistischen Zentrumspartei. Diese Partei ist nicht selbständig und hat mit dem Namen gemein. Was die Gesandtschaft Preußens beim päpstlichen Stuhl anlangt, so ist die Souveränität des päpstlichen Stuhles international anerkannt. Darum ist es auch gerecht und billig, daß die preussische Regierung beim päpstlichen Stuhl eine Gesandtschaft unterhält und wir werden sie mit aller Entschiedenheit verteidigen. (Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Wir haben nie daran gewagt, daß die deutsche Arbeiterklasse ein Interesse am Wohlergehen unserer Exportindustrie hat. Aber eine abenteuerliche Weltpolitik mit fährlicher Kriegesgefahr liegt darüber nicht im Interesse der deutschen Arbeiter. Gerade, deshalb bekämpfen wir die sozialistischen Lebensarten, wie sie kürzlich der Generalfeldmarschall v. D. Goltz vor deutschen Studenten hat fallen lassen. Diese Fragen gehören naturgemäß einer Volksvertretung. Aber in Preußen haben wir keine Volksvertretung. Sollen wir eine, die hätte längt aufgerufen mit allen Reichsgeldern und Schädigungen an den Interessen der Allgemeinheit, die sich bei uns auflösen. (Sehr richtig im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Ich muß mich gegen den Rat aussprechen, den der Abgeordnete vom Rath der Regierung erteilt hat. Die Regierung eilt sich gar nicht dafür, dem deutschen Kapital im Ausland neue Absatzgebiete zu verschaffen. Das deutsche Kapital ist Mann genug, sich seine Markt selbst zu suchen. Dazu braucht die Regierung nicht. Die Großbanken, die im Ausland ihre Geschäfte machen, unterstützen sich übrigens jedesmal vorher genau, ob es der Regierung angenehm ist, wenn in der einzelnen Fall deutsches Kapital ins Ausland geht. Diese verlangte Fälligkeit besteht also bereits. Herr Dr. Vorhoff sei gesagt, daß wir nicht zu viel, sondern zu wenig Großkapital haben. Die Kapitalbildung hat eben bei uns nicht Schritt gehalten mit der außerordentlichen Steigerung der Produktion. Gestellt als Sozialist würde ich das anerkennen. Aber das ist nicht unsere Politik, und deshalb wünsche ich, daß die Kapitalbildung fortgesetzt im Interesse unserer Industrie und unserer Arbeiter. (Beifall links.)

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Ich bin kein Schatzmacher. Die Politik, die ich empfehle, dient der Aufrechterhaltung des Friedens. Das eine nationale Politik der Sozialdemokratie nicht gefäßt, wundert mich nicht. Die Herren wissen aus Erfahrung, daß, wo eine solche getrieben wird, ihre Weichen sich bestimmen.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Gerechtigkeit war die scharfe Abkühlung Wetterle durch das Zentrum. Etwas anderes habe ich auch gar nicht erwartet. (Wohl im Zentrum.) Herr Vordere hat die preussischen Gesandtschaften bei den deutschen Heeren keineswegs als reines dekoratives Element angesehen. Er hat die höchsten Wert gelegt zur Herbeiführung einer Verständigung unter den Bundesregierungen in schwierigen Fällen. Daher sind diese Gesandtschaften nötig und nützlich, und man sollte von ihnen nur immer in geeigneten Fällen Gebrauch machen. Auch die Gesandtschaft beim Vatikan hat sich als außerordentlich nützlich erwiesen. Das Geschäft beim Vatikan ist ja eigentlich mehr ein Staatsminister beim Oberhaupt der katholischen Kirche. Freilich besteht bei uns Zweifel, ob sich die Kurie immer dieses Vermittlers zwischen Staat und katholischer Kirche rechtlich verdient hat. Sollte sich dieser Zustand nicht vermindern, so könnte ja der Moment kommen, wo wir uns fragen müssen, ob es noch möglich ist, eine Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl aufrecht zu erhalten. Aber zuerst dürfen wir diese Hoffnung nicht aufgeben.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Ein Schlußantrag wird angenommen.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Die Annahme des Schlußantrages verbindt mich, für meinen alten Freund und Feldzugsameraden v. D. Goltz gegen die unerhörten Angriffe des Vizepräsidenten einzutreten.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Vizepräsident Dr. Vorhoff (Zog): Ich habe.

Die landwirtschaftliche Verwaltung.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Ich möchte Sie bitten, die kleinen Grenzbesitzungen nicht aus dem Schwerefeld zu befürchten, sondern auf gemeinschaftlich auszudehnen, woran Oberböhmen ein großes Interesse hat.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Es folgt die allgemeine Aussprache zum Ausgabestell: Ministergehalt.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Der Etat weist zwar Mehrforderungen auf, aber sie reichen für die Bedürfnisse der Landwirtschaft im Jahre noch nicht aus. So sind namentlich die Mittel für das landwirtschaftliche Schulwesen viel zu gering. Auf diesem Gebiete sind noch weitere und große Ausgaben zu erfüllen. Auch die 200 000 Mark für den Viehwirtschaften reichen nicht aus. Die Mittel, die zur Verfertigung der Fleischsteuerung angeordnet werden, haben nur einen Wert, wenn die Einkommen der Bauern gegen das Ausbleiben in jeder Hinsicht durchzuführen, und schließlich im Bundesrat für die Ermöglichung der Fleischsteuer abgeben sind. Damit wird gar nicht erreicht. Ganz entscheidend müssen wir fordern, daß die Ausnahmemaßnahmen, welche angeordnet von der Regierung getroffen sind, keinen Tag länger dauern, als im Interesse

der heimischen Landwirtschaft nur irgend notwendig ist. Es sei, falls aber über den 1. April 1914 hinaus. (Sehr richtig rechts.)

Die Regierung möge auf langfristige Verträge zwischen den Städten und der Landwirtschaft hinwirken, denn die Landwirtschaft hat in erster Linie ein Interesse an gleichmäßigen, sicheren Preisen. Es kommt nicht so sehr darauf an, daß mehr Vieh, sondern bessere Vieh, erzeugt werden, welches auch gegen das Injizieren der Vieh in die Wirtschaft. Auf dem Wege der internen Kolonisation möge die Regierung fortarbeiten. Wir haben stets betont, daß wir Freunde der internen Kolonisation sind, aber hier dabei als Ziel, denn der Grundgedanke ganz zu befehligen, was uns nicht auf seiner Seite finden. Die Landwirtschaft hat durch die Ausbeutung der Skandinavien auf die landwirtschaftlichen Interessen eine neue große und schwere Belastung erfahren, die weit hinausgeht über die Belastung des Gewerbes durch die Skandinavien. Wir wünschen ganz ein gleichmäßiges Zusammengehen von Industrie und Landwirtschaft, aber die Landwirtschaft darf dabei nicht benachteiligt werden. Dem Minister wird es hoffentlich gelingen, das Vertrauen der Landwirtschaft in die Regierung zu erhalten. (Beifall rechts.)

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Wir möchten ebenfalls einen geeigneten Sachverstand und besonders die Aufrechterhaltung des Fleischbeschaugesetzes. Für das landwirtschaftliche Unterrichten müssen mehr Mittel bereitgestellt werden. Das letzte Land ist in finanzieller Hinsicht außerordentlich stark belastet. Der Minister möge seinen Einfluß geltend machen, daß hier einmal Wandel eintreten. Das Haus verlag sich. Weiterberatung Mittwoch 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Mb Deutscher Reichstag.

(14. Sitzung, Dienstag, den 21. Januar.)
Im Laufe des Bundesrats: Dr. Debrück.
Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Kurze Anfrage.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
trägt an, inwieweit die Ergebnisse der am 15. November 1904 vorgenommenen Erhebung über die Lohnbeschäftigung von Kindern im Hausbau, wie in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben — mit Ausnahme von Bayern — noch nicht veröffentlicht worden sind?

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Direktor des Reichsamts des Innern Caspar erwidert, daß über das genannte Material Sachkundige gehört werden, daß aber aus mehreren großen Bundesstaaten (Südt. Südt.) diese Verneinerungen noch nicht eingegangen sind. (Südt. Südt.) Sobald sie vorliegen, wird eine weitere Arbeit möglich sein.

Etat des Reichsamts des Innern.

(Sehr richtig.)
In der Eingelassenen Sachverstand weist der Reichsminister darauf hin, daß für das Reichsamt des Innern ein neuer — vierter — Direktor geordert wird. Diese Forderung ist in der Budgetkommission gegen das Zentrum bewilligt worden. — Eine Resolution der Kommission ersucht den Reichsminister umüberzügliche Maßnahmen zu treffen, um der durch die gegen die Nationalität herbeigeführten finanziellen Verunsicherung des Kaffees entgegenzuwirken.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Es könnte eigentlich bedauern, daß sich der Reichstag bei dieser Gelegenheit mit den Preisen des Kaffees beschäftigen soll. Aber es kommt hier eine einmalige Vertretung des Kaffees in Frage, der im internationalen Sinne ein Politikobjekt ist. Andere Staaten sind schon dagegen eingegriffen, teilweise mit Erfolg. Großer Anbau und günstige Ernten hatten große Vorräte auf den Markt gebracht, die teilweise zurückgezogen und künstlich ferngehalten wurden. Dadurch wurde eine Vertretung der allerhöchsten Art herbeigeführt, ohne daß die notwendigen Vorräte geringere Preise erzielten. Das Referat der Kommission arbeitet mit großen Schwierigkeiten an allen Völkern, und so ist die Nationalität schließlich zur Spekulation schlimmer Art geworden. In Amerika ist der Generalzolltariff gegen die Waren eingegriffen, und die britische Regierung hat nachgegeben. Bei gutem Willen läßt sich also gegen dies wirtschaftliche Geschäfte etwas erreichen. Man muß auch in den europäischen Staaten den Verkauf des eingelagerten Kaffees erzwingen.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Auch die verbundenen Klagen über die außerordentliche Vertretung des Kaffees. Es werden die Sache im Auge behalten und nach den hier vorgelegten Gesichtspunkten noch einmal prüfen. (Beifall.)

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Leider habe ich aus den Worten des Zentrumsvorredners nicht entnehmen können, ob er den neuen Direktor ablehnen oder annehmen wird. (Beifall links.) Die Rede über die Vertretung des Kaffees hätte Herr Vordere im Jahre 1909 und nicht erst 1913 halten sollen. Demals waren alle die schönen Redensarten im Munde, daß es ein wunderliches Geschäft sei, den Preis in der Weise, wie es geschieht ist, in die Höhe zu treiben.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Die Resolution wird angenommen; der neue Direktor bewilligt.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Für die Förderung der Seefischerei sind 600 000 Mk. ausgesetzt.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Begrüßt es, daß in diesem Etat dieser Fonds um 125 000 Mark erhöht ist. Bei den Maßnahmen zur Hebung der Seefischerei muß zielbewußter vorgegangen werden, hier müssen die Verbindungen des Reichstages einbringen. Die Förderung der Seefischerei ist überaus wichtiger Natur. Wenn der Seefischereifisch nicht auch die Interessen der kleinen Fischer, namentlich in der Ostsee, berücksichtigt werden.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
schließt sich den Ausführungen des Vordere vollständig an und empfiehlt die Förderung der Seefischerei auch in unseren Kolonien, damit die Bevölkerung mit billigen Nahrungsmitteln versorgt werde.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Sollte die Fischerei in unseren Kolonien einmal einen größeren Umfang annehmen, so würden die Rechte und das Zentrum sich ebenfalls dagegen wehren, wie jetzt gegen die Einfuhr von Fleisch aus Südwestafrika. An der Förderung der Seefischerei haben vor allem die minderbemittelten Kolonien Interesse. In den wohlhabenden Kolonien findet der Verkauf von dem Kaisertrübsüß Verwendung.

Vizepräsident Dr. Vorhoff:
Alle Parteien des Reichstages sind in der Förderung der Seefischerei einverstanden. Der Redner beantragt eine Resolution, die eine Erhöhung des Fonds auf 610 000 Mark fordert. Bislang ist der Fonds wesentlich für die Nordsee verwendet worden; es muß dafür gefordert werden, daß auch für die Ostsee bessere Verbindungen zur Verwertung der Fänge geschaffen werden.

Hg. Freiber von Nischoten (Noll):

empfehl ebenfalls die Erhöhung des Fonds auf 610 000 Mark. Hoffentlich werde der Weitzerei der Parteien in der Förderung der Seefischerei fortwähren. Gerade bei den neueren Weitzereien brauchen wir eine reichliche Versorgung mit Seefisch. Das erfordert aber einen besseren und schnelleren Verkehr, damit die Fische auch bis in den Süden unseres Vaterlandes kommen können. Wichtigste ist in dieser Beziehung die Vereinigten Staaten von Amerika.

Hg. Koerfers (So.):

ragt über die Schifffahrt der Fischer durch Fischweier. Sind sie demoralisiert, so dürfen sie in ein Jahr lang nicht mehr fischen. Das bedeutet die Vernichtung ihrer Existenz. Mühen müssen sie zum Kaufschiffung greifen; werden sie dabei erlitten, kommen sie ins Zuchtstadium. Die Großfischerei benötigt man gegenüber den kleineren Fischern; die Fischweier vertreten ihre Interessen.

Hg. v. Höhlenhoff-Röllin (Kostl):

Die Ausführungen des Vortrags hätten eigentlich ins praktische Abgeordnetenhaus gehört. Dort haben wir uns schon verständiglich im Interesse der Fischer und uns gegen eine zu schätzbare Handhabung der Fischpolitik gewandt.

Die nationalliberale fortgeschrittliche Resolution auf Erhöhung des Fonds auf 610 000 M. im nächsten Etat wird angenommen.

Für die Unterstützung deutscher Seemannsheimen im Ausland werden gefordert 2000 M. Dazu liegt eine Resolution Wasser mann vor, diese Forderung im nächsten Etatsjahre zu erhöhen.

Hg. Meyer-Serford (Noll):

begündet die Resolution. Die Seemannsheimen haben sich ganz hervorragend verdient. Sie schützen die Seeleute vor dem moralischen Untergang.

Hg. Sibowisch (W.):

Das Deutsche Reich könnte für die Seemannsheimen mehr tun, als tatsächlich geschieht. Die geschäftlichen Einrichtungen könnten ihm als Muster dienen. Ebenfalls könnte damit der alten deutschen Regierung, das Deutschland abzufischen, entgegengetritt werden.

Hg. Senke (So.):

Die Seemannsheimen sollten neutral geleitet werden. Leider leisten sie dem Kapital feindliche Dienste. Die Verwendung der Seeleute ist unbeeinträchtigt, und die Reedereien haben mit Hilfe der Seemannsheimen die Seemannsheimen sich zumeist gemacht. Der Arbeiter kann sich mit Mühen und mit Abneigung betreiben. Lieber hätte er vom deutschen Volke vernachlässigt werden. Wenn außerdem noch für die Seemannsheimen gebietet wird, so ist das eine Blamage für das ganze deutsche Bürgerum.

Ministerialdirektor Dr. v. Jonquieres:

Ich bin in der glücklichsten Lage, die Vereinerstimmung der Regierung mit dem Hause in dieser Frage, ebenso wie hinsichtlich der Seefischerei hier festzuhalten. Ich möchte aber doch noch bemerken, daß wir doch nicht so ganz die Hände in den Schößen gelegt haben, wie es den Anschein haben könnte. Wir haben nur 22 000 M. gefordert, weil das Haus in der richtigen Würdigung der Bedürfnisse der Seemannsheimen erst im vorigen Jahre den damaligen Betrag von 15 000 M. um 4000 M. erhöht hat. (Zuruf: Das ist zu wenig!) Darüber kann man verschiedener Meinung sein. Aber nur aus diesem Grunde wird wir nicht schon für das laufende Jahr mit neuen Forderungen an das Haus heranzutreten. Wir sorgen für 15 Seemannsheimen in verschiedenen Weltteilen und sind ihnen allerdings beschiedenen Forderungen gerecht geworden. Später könnten wir mehr verlangen, wenn es sich herausstellt, daß es durchaus erwünscht wenn es höhere Mittel wären. Ob und wann das der Fall sein

wird, ist aber eine andere Frage. Der Vergleich mit Schweden stimmt nicht. Allein die Seemannsheimen im Ausland sind Ende des Jahres, die in unseren großen Hafenstädten Ende der Landesregierung, soweit sie überhaupt Ende der Regierung sind. Aufzugeschrieben sind die Summen, die im ganzen Reich dafür ausgegeben waren, recht erheblich größer. Ohne die Hilfe der Seemannsheimen wären übrigens die Seemannshäuser niemals insstande gewesen, den an sie gestellten Forderungen in der Weise nachzukommen, wie es tatsächlich geschehen ist.

Ich frage: hat der Abg. von Noll, daß die Seemannsheimen lediglich im Sinne des Kapitals verhalten werden, bemerkt? Ich sage: nein. (Verlaßt sich sehr richtig rechts. Anruhe bei den So.) Ich stelle auch fest, daß die deutschen Reedereien unterliegen von amerikanischen Seemannsheimen. Sie haben sich dabei keineswegs identifiziert mit den Vereinigungen, die dahin gehen könnten, die Seemannshäuser in die Hand zu bekommen. Der Natur der Sache nach kann davon auch nicht die Rede sein. Die Zahlen der Beiträge der Reedereien habe ich augenblicklich nicht zur Hand. Aber ich stelle fest, daß überall, wo es sich um große Ausgaben handelt, die Reedereien mit wahren Willen beteiligt sind. Herr Senke's Anfrage waren ganz begreifbar. Ohne die öffentliche Unterstützung wäre es überaus schwierig Seemannsheimen. Auf die Sozialdemokratie hätte man lange warten können! (Sehr richtig!) Auch hier zeigt sich wieder die Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie.

Hg. Gruberger (Zentr.):

danke für die warme Anerkennung, die die Tätigkeit der Missionen gefunden hat. Herrn Senke's Anfrage waren ganz begreifbar. Ohne die öffentliche Unterstützung wäre es überaus schwierig Seemannsheimen. Auf die Sozialdemokratie hätte man lange warten können! (Sehr richtig!) Auch hier zeigt sich wieder die Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie.

Hg. Meyer-Serford (Noll):

Ich werde mich gegen die Unterstellung, als ob wir die Interessen der Reederei vertreten. Wir wollen nur den Seeleuten helfen. Für unsere tapferen Seeleute wollen wir gern beteln, das schadet uns nicht! (Gelächter b. d. So.)

Hg. Senke (So.):

Ihren Idealismus befreite ich nicht. Das ist aber der Unternehmerrationalismus, der nur aus den Taschen anderer Leute zahlt.

Hg. Sibowisch (W.):

Für mich handelt es sich nicht um das Wohl der Reederei, der Unternehmer, sondern der Arbeitnehmer.

Die Resolution Wasser mann wird angenommen.

Für Maßnahmen zur Bekämpfung der Reblaus werden 1000 Mark gefordert.

Hg. Dr. Raafsch (Noll):

In den Kreisen der Winger herrscht große Erregung über die Handhabung des Reblausgesetzes. Die Winger bekämpfen keineswegs das Gesetz, sie wünschen auch nicht eine Abschaffung, aber sie leben darunter, daß dieses Gesetz in ganz verschiedener Weise ausgeführt wird. Es wird auch darüber gefordert, daß die Kolonnen, die zur Desinfizierung der Reblaus herangezogen, leicht eine Übertragung der Reblausausde verbreiten können. Durch eine einheitliche Regelung der Durchführung des Gesetzes könnten diese berechtigten Beschwerden der Winger abgemildert werden. Das Gesetz kann nur dann Erfolg haben, wenn das Verhalten der Winger gegen die Regierungsmaßnahmen beseitigt wird. Der Redner begründet eine Resolution, in der die Einsetzung einer Kommission aus Weinbau und Reblaus-Gachverträglichen gefordert wird, die die Beschwerden der Winger prüfen und Vorschläge zur Beseitigung der Mängel bei Ausführung des Reblausgesetzes machen soll. An der Hand sei es verboten, die von der Reblaus betroffenen

Weinberge später wieder zu bepflanzen. Das bedeutet die Vernichtung des Weinbaues an der Rahe. Die sozialdemokratische Resolution, die sich mit derselben Sache befaßt, aber eine Überänderung des Gesetzes verlangt, sei deshalb nicht empfehlenswert, weil die Beschwerden sich nicht gegen den Inhalt des Gesetzes, sondern gegen seine Handhabung richten.

Hg. Dr. Weill (So.):

begündet die sozialdemokratische Resolution. Jedenfalls ist der Reichshaushalt von 1000 Mark viel zu gering und kann eine einheitliche Handhabung des Reblausgesetzes nicht gewährleisten. Eine Veränderung dieses Gesetzes ist unbedingt erforderlich, um einen härteren Kampf mit Amerika zu ermöglichen, da es erlaubterweise, das Gesetz von 1904 verbietet ihn grundsätzlich. Eine Ausnahmeregelung gestattet werden, genügt nicht. Die Winger wünschen aber die Aufhebung des Verbotes.

Ministerialdirektor Dr. v. Jonquieres:

Die Klagen, die hier vorgelesen worden sind, sind erst von wenigen Tagen zur Kenntnis der Regierung gekommen; sie beruht daher noch über kein zuverlässiges Material. Der Bundesrat hat für die Bekämpfung der Reblaus Grundbesitz aufgestellt, die sich je nach der Lage der Reblaus in den einzelnen Gemeinden in 35 Gruppen teilen. Eine Änderung darin würde sich auswirken, aber wir würden uns darüber nicht äußern. Es ist von Sachverständigen getrennt zu äußern. Dagegen können wir uns bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge nicht für die sozialdemokratische Resolution erklären. Solange wir irgend können, halten wir an dem derzeitigen Verfahren fest und lehnen die Anplanzung von Amerikaneuren vom Standpunkt der Gesamternte ab. Die Entscheidung muß Sache der Landesregierungen bleiben.

Hg. Baumann (Zentr.):

Bei den Wingern muß das Verbot für die Bedeutung der Reblausfrage gemildert werden. Herr v. Weill's Resolution, die sich mit derselben Sache befaßt, aber eine Überänderung des Gesetzes verlangt, sei deshalb nicht empfehlenswert, weil die Beschwerden sich nicht gegen den Inhalt des Gesetzes, sondern gegen seine Handhabung richten.

Hg. Senke (Noll):

Wir müssen auf jeden Fall die Qualität unseres Weinbaues zu erhalten suchen. Die Maßnahmen gegen die Reblaus sind notwendig einheitlich gehandhabt werden. Wenn im Falle der Erfolg des Vernichtungsbüroaus ausgeblieben ist, so liegt es daran, daß man es dort viel zu spät angewendet hat. Man muß sofort, die Anwesenheit zu weit ausgedehnt, den Sicherheitsgürtel nicht gezogen. Die Kosten für die Bekämpfung der Reblaus sind in Hessen durchaus nicht so groß gewesen, aber auch im Elsaß sind sie verhältnismäßig nicht groß. Es wäre unverantwortlich von einer Regierung, wenn sie die Gefahr erkennen und nicht auf Mittel finden würde, sie zu bekämpfen. Es ist sehr schwer, brauchbares Material an Amerikaneuren zu bekommen, immer sind sie eine große Gefahr für unsere heimischen Qualitätsweine. Die Ausgaben für das Vernichtungsverfahren sind und bleiben verhältnismäßig gering, erhalten um aber Millionen an Volkseinkommen.

Hg. Dr. David (So.):

Unsere Resolution ist nicht aufzuheben. Wir wollen, das bisherige Vernichtungsverfahren nicht aufheben, nur die Ausführungsbestimmungen ändern. Durch die bisherige Art der Bekämpfung ist ein Großteil der Reblausausde nicht erreicht worden; wir wollen deshalb der einmündigen Kommission die Kompetenz geben, die Frage in ihrer Gesamtheit zu weit ausgedehnt zu bekommen, um deren Annahme ich bitte.

Die Resolution v. Raafsch (So.) wird abgelehnt, die Resolution Dr. Raafsch (Noll.) einstimmig angenommen. Das Haus vertagt sich.

Mittwoch 1 Uhr: Weiterberatung, Vorber Abstimmungen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Admiral von Hollmann

Der jüngere Staatssekretär des Reichsmarineneamts Admiral von Hollmann ist, wie bereits gestern telegraphisch, turt, gemeldet, in einer heftigen Wohnung im Alter von 71 Jahren infolge eines Gehirnschlags gestorben. Am Tage vorher war Herr von Hollmann nach einer Einladung der Kaiserin zum Tee gefolgt. Der Bericht über die seit langen Jahren Kaiser Wilhelm II. in treuester Freundschaft verbunden gewesen. Der Kaiser hat den Admiral (als er schon längst als Pensionär in der stillen Wohnung der Frauenträgerin seinen Ruheort aufgeschlagen) oft und gern besucht und sich häufig Hollmanns Rat erbeten. Ein Kreis bedeutender Männer der Wissenschaft und Kunst (darunter auch Adolf Harnack) haben dem Heim des Admirals ein besonders interessantes Air. Die enge geistige Gemeinschaft, die den Kaiser mit Hollmann verband, wurde am deutlichsten bemessen durch den eigenhändigen Brief, den der Kaiser gelegentlich der „Habel-Wibel“-Vorträge Professor Delbigg an Hollmann schrieb und in dem er seinen Glaubensstandpunkt bis ins einzelne darlegte. Der in den „Grenzböten“ veröffentlichte Brief wird ein wichtiges Dokument für die Lebensanschauungen des Kaisers sein.

Die dienstliche Laufbahn v. Hollmanns, an deren Ende er unter den schwierigsten Verhältnissen sechs Jahre lang an der Spitze des Reichsmarineneamts tätig war, gestaltete sich folgendermaßen: Am 16. Juni 1857 in die Marine eingetreten, wurde Hollmann, der einer Berliner Kaufmannsfamilie angehört, am 11. August 1863 zum Unterleutnant z. S., am 16. September 1864 zum Leutnant z. S., am 20. Februar 1868 zum Kapitänleutnant, am 17. Februar 1874 zum Korvettenkapitän ernannt und rückte am 15. Februar 1881 zum Kapitän zur See auf. In letzterer Charge war er längere Zeit Kommandeur der 1. Matrosendivision in Kiel. 1886 wurde er Präses der Schiffsprüfungs-Kommission und 1887 Chef des Stabes der Admiralität unter General v. Capri. Nach seiner Ernennung zum Konteradmiral, die am 14. August 1888 erfolgte, wurde er Chef des Schulgeschwaders, mit dem er an Bord der Kreuzergatete „Stolz“ längere Zeit im Mittelmeer war. 1889 war er als Chef des Übungsgeschwaders an Bord des Panzereschiffes „Kaiser“. Im April 1890 wurde er als Nachfolger des Konteradmirals Heuser Staatssekretär des Reichsmarineneamts. Auf diesem Posten war er, seit 1895 Admiral, bis zum März 1897 tätig, wo er nach der Abkündigung der Marineforderungen im Reichstag eine längere W. l. a. u. b. n. a. m. Von diesem letzte er nicht wieder in das Amt zurück, sondern nahm im Juni desselben Jahres seinen Abschied. An Kaisers Geburtstag 1905 erhielt er den Schwarzen Adlerorden, 1907 erhielt er aus Anlaß seines 50jährigen Dienstjubiläums das Großkreuz vom Roten Adlerorden mit Brillanten. Seit 1904 ist von Hollmann Mitglied des preussischen Herrenhauses.

Beileidstelegramme des Kaisers und des Staatssekretärs von Tirpitz.

Zum Tode des Admirals v. Hollmann erfahren wir nach folgendes: Der Kaiser und die Kaiserin haben in

überaus herzlich gehaltenen Telegrammen Frau v. Hollmann ihr Beileid zum Ausdruck gebracht. Der Nachfolger des nun Entschlafenen, der 1. fische Chef des Reichsmarineneamts Staatssekretär v. Tirpitz, sandte an die Witwe folgendes Telegramm:

„Die Nachricht von dem plötzlichen Ableben Ihres von mir hochverehrten Herrn Gemahls hat mich auf das Tiefste erschüttert. Seine Verdienste um das Reichsmarineneamt, dem der Entschlafene bis zu seinem Tode seines Lebens das wärmste Interesse bewahrt hat, bleiben unvergessen und sichern ihm ein dauerndes Andenken. Eure Erzählung bitte ich, meiner, des Reichsmarineneamts, dessen langjähriger Chef der Verstorbenen war, und der gesamten Kaiserlichen Marine innigsten Anteilnahme versichert zu sein.“

Deutsches Reich.

Keine Marinevorlage??

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die von der „Braunschweigischen Landeszeitung“ über eine beabsichtigte Marinevorlage gemachten Angaben sind falsch, da für die Marine lediglich eine Nachtragforderung für Luftzwecke in Frage kommt.

Gleichzeitig mit dem vorstehenden Dementi verbreitet eine, in der Regel offiziös benutzte Korrespondenz eine Meldung, bezuzufolge an denjenigen Stellen, die in erster Linie an solchen Vorlagen beteiligt sind, von der Abfertigung einer neuen „Heeresvorlage“ nicht das Mindeste bekannt ist. „Zurechtend ist allein — und das ist nach den Erklärungen von treffender Stelle im Reichstag für niemand ein Geheimnis —, daß in nächster Zeit ein Nachtragset der Heeresverwaltung im Bundesrat zur Vorlage gelangen wird, um Ausbau unseres Militärfliegerwesens. Hierauf allein wird sich der Nachtragset beziehen. Weder für dritte Bataillone, noch für Nachschneidewerkformationen, noch für artilleristische Forderungen ist ein Nachtragset in Vorbereitung.“

Ueber die Höhe der finanziellen Forderungen des Nachtragsetts heißt es dann weiter:

„Es dürfte sich um und 20 Millionen Mark handeln, die von der Heeresverwaltung zum Ausbau des Luftschiffwesens für notwendig erachtet werden. Darüber hinaus gehört alles, was über Heeresvorlagen gemeldet wird, in das Gebiet der Fabel.“

Aus dieser Korrespondenzmeldung, der das Reichsfinanzamt nicht sehr fern stehen dürfte, geht hervor, daß für das laufende Jahr wenigstens das Reichsfinanzamt gegenüber den forderungsfreudigen Militärsieger gelassen ist, und daß die hier mit solch Energie in das Reich der „Fabel“ verwiesenen neuen Heeresforderungen eben zu rückgestellt und auf den nächsten Winter verschoben werden sind, wo, wie Herr v. Bethmann Hollweg offenbar hofft, das Geheimnis der Beschichte er enthüllt sein wird.

Die Wohnungsreform im Reich.

Eine Erklärung des Staatssekretärs Delbrück.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde, wie schon kurz gemeldet, die wichtige Frage der Wohnungsreform und eines Reichswohnungsgesetzes verhandelt. Die Aussprache wurde noch nicht zu Ende geführt. Es handelt sich in der Hauptsache um den Reinnohnungsbaun. Zum Schluß der Sitzung gab Staatssekretär Delbrück eine bedeutungsvolle Erklärung ab, die nachstehend nochmals im Wortlaute mitgeteilt sei, da sich an sie höchstwahrscheinlich lebhafteste Erörterungen in Parlament und Presse knüpfen dürften. Staatssekretär Delbrück führte aus:

Es habe ihm völlig ferngelegen, die Wohnungsangelegenheit auf Preußen oder einen anderen Bundesstaat abzuschieben. Was Preußen betreffe, so erkläre er und könne das eine versprechen: wenn Preußen nicht bis zum Herbst dieses Jahres einen Wohnungsgesetzentwurf vorlegt, werde er sich dafür einsetzen, daß das Reich einen Gesetzesentwurf vorbereitet. Eine Bürgerpflicht für Wohnungsbauten über den bisher gezogenen Rahmen hinaus durch das Reich halte er aber allerdings für ungangbar und ungewinnlich. Wenn das Reich für die Wohnungen seiner Arbeiter und geringverdienenden Beamten Sorge, so hat das eine sehr verständliche Pflicht; aber im übrigen müsse die Durchführung und Bekämpfung der kommunalen Verhältnisse die Mühen der Wohnungswesen insofern durchzuführen, daß die Menge der Privatbaunternehmer genügend ist, nachzukommen. Die Kommunen an m. h. t. e. n. e. n. S. t. a. u. d. a. r. d. s. c. h. a. f. f. e. n. mehr freizulassen. Wir können von Reich wegen nur die Unterlagen für eine bessere und zweckmäßigere Kreditgewährung schaffen. Die Durchführung in einzelnen müssen wir den Gemeinden überlassen, die die Dinge viel besser beurteilen können. Eine Konferenz, wie die gewünscht wird, in dieser Beziehung; das Reichsverkehrsamt will noch in diesem Vierteljahr mit Vertretern der Verwaltungsveranstalten über die angeregte Frage verhandeln.

Ein interessantes Kaiserwort.

Herrschendens Bureau verbreitet einen Auszug aus einem Artikel des Pariser „Matin“, in dem es heißt: Deutschland preidige Ruhe, der Kaiser sei gewöhnt, die Politik des Dreibundes zu leiten und befindet sich jetzt plötzlich dem Erzherzog Franz Ferdinand gegenüber. Der Kaiser soll gelegentlich in einem Gespräch mit dem österreichischen Kronfolger gesagt haben: „Ich finde, daß ich viel Genuß mit meinem Säbel machen“. Der „Matin“ bemerkt weiter, der Frieden beruht auf Deutschlands und Frankreichs Politik, das sei die einzige Friedensgarantie, aber die genüge leider nicht, denn wenn Oesterreich marschiere, könne Deutschland nicht ruhig zu sehen.

Parlamentarisches.

Der Abg. Müller-Meinigen (Vorjahr. Volksp.) hat an den Reichstangler folgende kurze Anfrage gerichtet: Ist die öffentlich aufgestellte Behauptung richtig, daß in der letzten Zeit die Werbetätigkeit der französischen Fremden

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Nach dem Vorhange des Professoren-Kollegiums hat der Minister den Professor Dr. Cremer zum Rektor der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität für die nächsten drei Jahre ernannt. — Professor Dr. Faundler, der Direktor der Universitätsbibliothek in München, erhielt einen Ruf als Professor und Direktor der Universitätsbibliothek in Leipzig an Stelle von Professor Dr. D. Solzmann. — Als Rektor der Universität Jena ist für das am 1. April beginnende Studienjahr der Staatsrechtler Geh. Justizrat Prof. Dr. Koenig gewählt worden. Defane sind im Sommersemester in der theologischen Fakultät Prof. Dr. Theol. et phil. Heinrich Wetzel, in der juristischen Geh. Justizrat Dr. jur. Riß, in der medizinischen Prof. Dr. med. Robert Köpke und in der philosophischen Prof. Dr. phil. Bruno Bauß.

Theater und Musik.

Bühnenchronik.

Im Kleinen Theater zu Berlin ging dieser Tage ein neues „Professor Bernhardt“ zum fünfzigsten Male in Szene.

Prof. Richard Schneider, der Direktor und Befehlshaber der Dresdener Musikschule, ein geschätzter Pädagoge, ist Montag im 56. Lebensjahre gestorben.

Vermilchtes.

Geheimnisvoller Tod eines Priesters.

Der bisher noch unaufgeklärte Tod eines Abtes verriet die Bewohner der südbayerischen Stadt Aigen in große Aufregung. Freitag abend erschien eine elegante, junge, nicht verheiratete Dame auf einem der dortigen Kaffeebüros. Sie erklärte, Frau Alice Cresch zu sein und erzählte weinend, sie habe in ihrem Salon die Leiche des Abtes Chaffaing, Vikar der Pfarre St. Hilare bei Aigen, gefunden, der sich durch einen Schuß in die Schläfe getötet zu haben scheine. Es war unmöglich, genauere Angaben aus der Fassungslösung herauszubekommen. Der Abte habe ihr für seinen Abschiedsbesuch gemacht — erzählte sie — da er in eine kleine Dorfkapelle verlegt worden sei, und während sie das Zimmer verlassen hätte, um Bücher zu holen, die er ihr geliehen hatte und die sie ihm zurückgeben wollte, mittle er mit dem Revolver gespielt und sich durch Unvorsichtigkeit getötet haben.

Frau Cresch gehört der besten Gesellschaft an. Sie ist von ihrem Mann geliebt und lebt mit ihrer Mutter und Schwägerin zusammen. Die junge Frau, die von zarterer Gestalt ist, soll ein hohes literarisches Talent besitzen und dies durch mehrere Romane die sie erscheinen hat lassen, bewiesen haben. Der Abte Chaffaing war 33 Jahre alt. Er stand seit Jahren in lebhaftem Verkehr mit Frau Cresch, die sein Beichtkind war. Vor kurzem liefen bei seinen geistlichen Oberen anonyme Briefe ein, in denen er beschuldigt wurde, in intimen Beziehungen zu seinem Beichtkind zu stehen. Im Stande zu vermeiden, wurde deshalb der bisher sehr beliebte und unbescholtene Priester, der man eine große Zukunft voraussetzte, in eine kleine Landpfarre verlegt.

Da nach der ganzen Sachlage ein Selbstmord vollkommen ausgeschlossen ist — es wurde gerichtsärztlich festgestellt, daß der tödliche Schuß aus größerer Entfernung abgegeben worden ist — so wurde Frau Cresch zur Verfolgung der Behörden befohlen.

Die Opfer der „Veronese“.

Die spanischen Blätter bestätigen, daß der Dampfer „Veronese“ vollständig aufgegeben worden ist. Die Gesamtzahl der Ertrunkenen und Vermissten beträgt 43, außerdem befinden sich 16 Passagiere schwerverletzt im Krankenhaus zu Oporto. Der Kapitän und die Offiziere haben den Dampfer am Nachmittag verlassen, nachdem die Rettung der Besatzung und der Passagiere vollständig beendet war.

Verlecher Selbstmord. In Neudöln hatte Montag der rühmte Gattin F. adian einen heftigen Wertwechsel mit seiner Frau. Gegen 11 Uhr abends kam Frau Fabian mit ihren drei Kindern leblos auf dem Bett liegen. Sie hatte die Gasleitung geöffnet. Sofort angeforderte Rettungsversuche blieben erfolglos.

Öffentlicher Watterdienst.

Dienststelle J. Imenau,
 Dienstag, 21. Januar, 8 Uhr morgens.

Witterungsbericht für den 22. Januar:

Das Tief ist bis Deutschland vorgezogen und wird in Richtung der Ostsee sich weiter bewegen.

Luftverteilung und Wetterlage in Europa.

Südwest bis Nordwest, vielfach trüb, teilweise aufklarend, nur einzelne Regen- und Schneeflächen, Temperatur nahe Null.

Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depesch des Reichs-Wetter-Dienstes. (Nachdruck verboten.)

3. Januar: Bewölkt mit Sonnenhell. In der Nacht.
 4. Januar: Wind trüb, im Nord kaum frostig.
 5. Januar: Wärmer, lebhaft, im Nord, vereinzelt, Niederschläge.

Schiele, 21. Jan. (Wetter-Bericht.) 1 Grad Kälte. Wohlfeue, starker Wind, West. Kurhausbesuch abends. Kurhausplatz im Betrieb. Kurhaus-Café und Restaurant Unterhaltungsorte. In den Sälen des Hotel Kurhaus und Hotel Büchsenhöfers oftens Reunion.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 198, Diskont 189, Deutsche Bank 255,50, Berliner Hansgesellschaft 167,75, Dresdner Bank 157,75, Kommerz- und Diskontobank 114,50, Russische Anleihe von 1902 90,62, Türkenloose 157,50, Lombarden 21,62, Kanada 26,12, Baltimore 104,87, Laurahütte 173,25, Bochumer Guss 217,25, Gelsenkirchen 198,75, Harpener 195,37, Deutsch-Luxemburg 167,37, Phönix 264,62, A. E.-G. 241,25, Siemens & Halske 219, Hamburg Paketfahrt 157,50, Nord-Lloyd 121,87, Grosse Berliner Strassenbahn 175,62, Aumetz-Friede 177,75, Hansa 303,50, Schantung 131,75, Schuckert 148,12, Orenstein & Koppel 205,75. Tendenz: Ziemlich fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Busch Waggon 3, Vereinigte Hainischlauch 4,25, Bremer Linoleum 4, Deutsche Spiegelglas 3,75, Rauchwaren Walter 5, Hilttenheim Spinner 7,30, Tüllfabrik Flehla 4,50, Vereinigte Glanzstoff 4,50, Voglland Tüll 5, Elberfelder Farben 3, Höchster Farben 3, Niederlausitzer Kohlen 4,75, Siegen-Solingen 5, Grube Eintracht 4,50; niedriger: Bär & Stein 3, Rhein-Metall Vorzugskaktis 3, Wanderer-Werke 3, Deutsche Gasglühlicht 6, Deutsche Waffenfabr. 3, Görlitz Lüders 3, Konsolidation 3,50.

Zum Kursnotiert. Berlin, 21. Januar. 4% Badische Staats-Anleihe 09.00 unkr. 18. 99.8 G. 4% Bayerische Staats-Anl. 100 000 G. 4% Bayerische Staats-Anleihe 08 unkr. 1918 100 000 G. 4% Schwarzb.-Sonderhausen unkr. 31. 100. 4% Württemberg. Staats-Anleihe 31-83 80.00 G. 3% Kammerun. Eisenbahn-Anleihe unkr. 100 000 G. 4% Ostpreussische Schulversch. gar. unkr. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 100 unkr. 1919 unkr. 4% Darmstadt. Stadt-Anl. 1909 unkr. 18 unkr. 31. 100. 4% Dessauer Stadt-Anleihe 1898 unkr. 4% Danneberg. Stadt-Anleihe 1900, 37. 08. 03 91.000 G. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 66.75 G. 3 1/2% Jenaer Stadt-Anl. 1902 unkr. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1909 unkr. 1919 unkr. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unkr. 1914 unkr. 4% Thorer Stadt-Anl. 1909 unkr. 19 07.25 G. 4proz. Hessische B.-Anl. 30.11.09.02 4% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. unkr. 3 1/2% Deutsche Solway-Werke unkr. 4 1/2% Elberfelder Farben unkr. 1317 102.00 G. Falten & Galleusahn-Lahmeyer 05.03.83.00 B. Vereinigte Langzeit-Gläsereien 24.000 G.

London Börse vom 21. Jan. Es notierten: Engl. Konsols 75 00, Rio Tinto 71.25, Geduld 1.15, Goldfields 5.26, Steel con 63.87, Shell pref. 112.25, Rand Mines 6.50, Angloand 7.43, Escom 4.76, Anglo 1.14, Amstar 1.05, Anglo 1.12, Anglo 1.12, Johannesburg Goldfields 0.18, Van Ryn 8.81, Albut (General) 1.00, Rand Collieries 0.43, West Rand Consols 15/16, General Mining & Flu 1/16 A. Götz & Co. 0.75, Modderfontein 12.75.

Der Kalk-Kuxenmarkt.

Berlin, den 21. Januar.

Kauf	Verk.	Kauf	Verk.
Alexandershall . . .	9.60	Häpstedt . . .	2700
Bergmannssee . . .	6.50	Johannshall . . .	4.00
Brenndorf . . .	75	Justus-Aktien . . .	98 1/2
Burbaek . . .	129.00	Königsberg . . .	8.50
Butler . . .	1.5	Krätzerhall . . .	137 1/2
Casland . . .	5800	Margalock . . .	1100
Carlsberg . . .	1500	Max . . .	2900
Carlsberg . . .	1.00	Palmerhall . . .	2400
Felsenste . . .	18.25	Neustadt . . .	1150
Göteborg . . .	2000	Reinhokrone . . .	600
Göteborg . . .	2.60	Richard . . .	63
Hörsinghall . . .	6700	Rosenberg . . .	114 1/2
Hörsinghall . . .	650	Rothenberg . . .	28 1/2
Hörsinghall . . .	15.0	Salsedterth . . .	350 1/2
Hörsinghall . . .	8.40	Tentonia . . .	5 1/2
Hörsinghall . . .	30	W. M. . .	1200
Hörsinghall . . .	650	W. M. . .	1200
Hörsinghall . . .	137.12	Wintershall . . .	840
Hörsinghall . . .	6500	Wintershall . . .	1600
Hörsinghall . . .	10000		

„Friedrich Wilhelm“, Preussische Lebens- und Garantie-Versicherungs-Akt.-Ges. in Berlin. In der Aufsichtsratsitzung unter dem Vorsitz des Herzogs von Ratibor wurden Direktor Richard Stelzer und Dr. Paul Liebetanz zu ordentlichen Mitgliedern des Vorstandes ernannt. — Der Volksversicherungs-Gemeinschaft von privaten und öffentlichen Lebensversicherungs-Anstalten ist jetzt auch die Lebensversicherungs-Anstalt und Sterbekasse des Deutschen Kriegsbundes mit einem Bestand von rund 40 Mill. Mark Versicherungssumme beigetreten. Der Geschäftsbereich der nunmehr folgende Gesellschaften: „Friedrich Wilhelm“, „Wilhelma“, „Deutschland“, „Urania“, „Rothenburger“, „Iduna“ und „Kriegsbund“.

Das Kupferblechsyndikat hat den Grundpreis für Kupferbleche um 6 Pf auf 185 herabgesetzt.

Vom Hefesyndikat. Wie man von massgebender Seite hört, hat sich die gutten des Hefesyndikats infolge der Situation Spirituspreise gebessert. Der Absatz hat weiter eine Steigerung erfahren. Die Preise dürften keine Veränderungen erfahren, das Syndikat hofft vielmehr, sie auf ihrem gegenwärtigen Niveau durchhalten zu können.

Die A. E.-G. und die Stadt Kassel. Die Stadt Kassel gründet mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft eine Aktiengesellschaft von 6 Mill. Mk. Aktienkapital, und zwar übernimmt die Stadt 3 Mill. Mk., deren Einbringen durch ihre beiden Elektrizitätswerke als voll bezahlt angesehen wird, während die A. E.-G. ihren Anteil in bar leistet. Ausserdem erhält die Stadt 3 Mill. Mark 4 1/2proz. Obligationen. Dafür bringt die Stadt ihr Leitungsnetz und ihre Betriebsgegenstände und -Einrichtungen in die neue Gesellschaft ein. Die Grundstücke und Häuser bleiben städtisches Eigentum. Die A. E.-G. garantiert der Stadt, dass in den ersten 5 Jahren die Aktien 5 1/2 Proz. Dividende bringen und die neue Gesellschaft den Betrag von 200.000 Mk. jährlich an die Stadt zahlt. Zu diesen Leistungen kommt noch die kostenlose Lieferung von Strassenbeleuchtung für 100.000 Mk., so dass die Stadt im ganzen jährlich 600.000 Mk. erhält.

Aus der Emallier-Industrie wird geschrieben: In der am 18. d. M. in Berlin abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins Deutscher Emallierwerke, in der 32 deutsche Emallierwerke vertreten waren, wurde beschlossen, für die Begründung eines Verbandes Deutscher Emallierwerke mit gemeinsamen Verkaufspreisen unter Gewährleistung der bisherigen Absatzbeziehungen besondere Kommissionen einzusetzen und zunächst in den einzelnen Bezirksgruppen des Vereins die Grundlagen für eine Syndizierung der deutschen Emallierwerks-Industrie vorzubereiten. Ueber die Maßnahme wurde berichtet, dass mit befriedigender Beschäftigung die Aussichten für das laufende Jahr, vorbehaltlich etwaiger politischer Störungen, als günstig zu bezeichnen sind. Auch die hochwertige Primaware in schwerer Qualität fabrizierenden deutschen Werke werden sich zu gemeinsamen Aufschlägen in ihren Preislisten, die der Marktlage entsprechen, vereinigen.

Rekordwagengestellung im Ruhrkohlenbergbau. In der Wagengestellung im Ruhrrevier ist am Sonnabend, den 18. Jan., eine Rekordleistung erzielt worden. Es wurden sämtliche angeforderte 35 035 Wagen zur Verfügung gestellt und damit ist zum letzten die höchste Stellungszeit erreicht. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als sich namentlich im November starker Wagenmangel herausgebildet hatte und z. B. am 29. November von den im Ruhrrevier angeforderten Waggons nicht weniger als 11 383 gefehlt hatten.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 21. Jan. Am Frühlmarkt notieren Weizen inländ. 194.00-197.00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen inländ. 169.00 — ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussischer, pommerscher und schlesischer fein 191-204, mittel 175-190, gering — ab Bahn und frei Wagen. Mais weisser mittel — amerik. mixed 165-167, runder 155.00-157.00 frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering —, gute 164.00-183.00, russische und Donau leichte 164.00-167.00, schwere 161-170 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 173 1/2, Taubenerben 163-194 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 24.00 22.00. Roggenmehl 0 und 1 21.10-23.40. Weizenkleie 11.40-11.90. Roggenkleie 11.50-12.00.

Magdeburg, 21. Jan. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg.) Weizen engl. u. Sommer stetig gut 190-198, mittel 180-188, gering bis — M. Roggen inländ. stetig gut 165-168, Gerste, hies. Chevalierschwach gut 194-204, feinstes über Notiz, hiesige Landgut 180-190, mittel —, gering bis —, ausländische Futtergerste fest gut 166-170. Hafer inländ. ruhig, gut 150-185 mittel 155 1/2, gering bis —, Mais runder, stetig gut 150-154. Peat, 21. Jan. Weizen per April 11.93 G., 11.94 B., Okt. 12.23 G., 12.24 B. Roggen per April 10.22 G., 10.23 B. Hafer per April 10.96 G., 10.97 B. Mais per Mai 7.75 G., 7.79 B., Juli 8.00 G., 8.01 B. Raps August 18.00. Tendenz stetig. Antwerpen, 21. Jan. Deutscher La Plata, Skont 6.00 per Jan. 5.92 1/2, März 5.92 1/2, Mai 5.92 1/2, Juli 5.92 1/2, Sept. 5.95 Umsatz 20 000 kg. Tendenz: Ruhig.

Liverpool, 21. Jan. Ruhig. Roter Winterweizen per März 7-4 1/2, per Mai 7-2 1/2, Mais Jan. 5-2 1/2, La Plata Febr. 5-2 1/2.

Zucker.

Magdeburg, 21. Jan. Stetig. Januar 9.50, Febr. 9.50 März 9.62 1/2, Mai 9.50, August 10.12 1/2, Oktober-Dez. 9.95.

Hamburg, 21. Jan. Rübenzucker, 1. Produkt, Basis 88 1/2, Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Januar	9.47 1/2	9.47 1/2	9.47 1/2 M.
„ März	9.80	9.80	9.85 1/2
„ Mai	9.85	9.85	9.87 1/2
„ August	10.12 1/2	10.10	10.15
„ Oktober	9.92 1/2	9.92 1/2	9.95
„ Dezember	9.97 1/2	10.00	10.00

Rohig.

Hamburg, 21. Jan. Godo average Santos vorm. nachmittags abends

per März	68.00 G.	68.00 G.	68.25 G.
„ Mai	68.75 G.	68.75 G.	68.75 G.
„ September	68.75 G.	68.75 G.	68.00 G.
„ Dezember	68.50 G.	68.50 G.	68.50 G.

ruhig behauptet

Havre, 21. Jan. Kaffee good average Santos per März 83.25, Mai 84.00, per Sept. 84.50, per Dez. 84.50. Ruhig.

Magdeburg, 21. Jan. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 26.25-26.75. Fest.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 21. Jan. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 26.25-26.75. Fest.

Spiritus.

Nordhausen, 21. Jan. Brantwinn 35 Vol. Proz. für 100 kg (104-105 l) 81.75-82.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 93.75-94.75 M. per loko 1912 ohne Fass ab Brennerel.

Festwaren und Oel.

Hamburg, 21. Jan. Stadtschmalz 63.00, amerikan. Stear 64.50, Chamberlain 54.25.

Köln, 21. Jan. Rüböl loko 68.00, per Mai 66.00.

Chemische Produkte.

Hamburg, 21. Jan. Chillaapeter per loko 11.52 1/2, Febr. März 11.60, feil Fahrzeug Hamburg. Tendenz: Ruhig.

Wolle.

Bremen, 21. Jan. Baumwolle Upl. loko middl. 62.75. Liverpool, 21. Jan. Baumwolle, Umsatz 8 000 Ballen, Import 44 000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 42 000 Ballen.

Liverpool, 21. Jan. Aegypt. Baumwolle per März 9.64, Alexandria, 21. Jan. Aegyptische Baumwolle per März 18.06, Mai 18.10, Nov. 17.26.

Metalle.

London, 21. Januar. Chili-Kupfer stetig 68 1/2, 3 Mon. 68 1/2, Zinn, Straits stetig 227, 3 Mon. 225 1/2, Blei span., stetig 17, engl. 17 1/2, Zink, gewöhnl. Marke, stetig 26 1/2, spez. Marke 27 1/2.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelungelnde via Azoren-Indien.

New York, 21. 1. 20. l.	21. l. 20. l.
Weizen p. Mal 99 1/2	99
„ „ Juli 97 1/2	97
Mais loko 56 1/2	56 1/2
Mehl Spring cl. 3.95	3.90

Chicago.

Weizen p. Mal 93 1/4	92 1/4	Borgen loko	64 1/4	65
„ „ Juli 90 1/2	90 1/2	Schmalz p. Jan.	10.15	10.15
Mais p. Mal 52	51	„ „ Mai	10.17	10.20
„ „ Juli 52 1/2	51 1/2			
Hafer p. Mal 84 1/2	83 1/2			
„ „ Juli 84 1/2	83 1/2			

Tendenz: Weizen fest. Mais fest.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Ort	Wasserstand	Fall	Woch.
Artur, Brückenpegel	21. Jan. +0.5	21. Jan. +0.5	2
Nebra, Oberpegel	+ 0.0	+ 0.5	—
Unterppegel	+ 2.0	+ 5.6	—
Wienfelsens, Oberpegel	+ 2.4	+ 5.48	—
Unterppegel	+ 1.0	+ 1.0	2
Trötha	19. +1.04	20. +1.03	4
Alelehen, Oberpegel	19. +1.28	20. +1.41	6
Unterppegel	+1.33	+1.41	3
Hamburg	+1.72	+1.11	18
Raibe, Oberpegel	+1.72	+1.69	14
Unterppegel	+0.80	+0.75	5

Kur. Eger. Elbe. Moldau.

Ort	Wasserstand	Fall	Woch.		
Jungbunzl.	+0.06	— 2	Witsanberg 21. +1.50	— 11	
Lann	+0.2	— 39	Rosslau	+0.81	— 3
Bodweis	— 0.05	— 1	Barby	+1.20	— 3
Frag	+1.3	— 32	Sohnobeeck	+1.10	— 2
Perlbach	+0.46	— 3	Bosenburg	+1.01	— 3
Brandts	+0.05	0	Tangernde	+1.74	— 2
Mitka	+0.4	— 62	Witsanberg	+1.40	— 2
Lieseritz	— 0.01	— 13	Domitz	+1.60	— 16
Aussig	+1.1	— 18	Bosenburg	+1.00	— 22
Lesan	+1.45	— 2	Hobnoter	+1.23	— 33
Torgau	+0.16	— 13	Leutenburg	+1.14	— 15

Aussig, 21. Januar. — Pegelstand plus 0.10 M. Vom Oberlauf werden 0.15 m Wuchs gemeldet.

